

Ökologisches Europa mit der EU?

Ist die EU eher Hemmschuh oder eher Förderer einer Politik zum Schutz natürlicher Ressourcen?



Viele Beispiele zeigen, dass offizielles EU-Umweltrecht für den Umweltschutz genutzt werden kann. Dabei ist Umweltpolitik in der EU immer ein umkämpftes Feld. Einige Richtlinien stammen aus der Zeit, als die Vorläufer der EU noch nicht neoliberal ausgerichtet waren. Gegen die Lobbyinteressen der Industrie müssen erreichte Standards gegen Aufweichung verteidigt (z.B. Natura 2000) oder eine schnellere Umsetzung eingefordert werden (z.B. Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG). Die Forderung nach schärferen Richtlinien (z.B. beim Flugverkehr) gerät in Konflikt mit der herrschenden politischen Logik, in der Profit und Wachstum mehr zählen als der Schutz von Umwelt und Gesundheit.

Schutz durch offizielles EU-Umweltrecht

- > Das Oberverwaltungsgericht Münster begründet am 5.10.2018 den Rodungsstopp im Hambacher Forst mit der **Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU (92/43/EWG)**. Diese schützt zentrale Brut- und Ruheplätze für seltene, bedrohte Arten sowie gefährdete natürliche Lebensräume. Das Urteil setzt den Machenschaften der fossilen Energiekonzerne Grenzen.
- > Die **Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft für Europa (2008/50/EG)** beinhaltet Grenzwerte für Luftschadstoffe. Die EU-Kommission hat im Mai 2018 beim Gerichtshof der Europäischen Union (EUGH) Klage gegen Deutschland und vier andere Staaten wegen Nichteinhaltung eingereicht. Hauptverursacher ist die Abgas-kriminelle Autoindustrie. Im Dezember 2018 wurde eine Verordnung für strengere CO₂-Grenzwerte im Straßenverkehr beschlossen. 2030 müssen Emissionen neuer PKWs um 37,5 Prozent, die von Nutzfahrzeugen um 31 Prozent unter den geltenden Vorgaben für 2021 liegen.
- > Die **Nitrat-Richtlinie (91/676/EWG)** soll schadstofffreies Wasser sicherstellen. Die EU-Kommission klagt seit 2016 gegen Deutschland wegen Nichteinhaltung. 2018 urteilte das EUGH, Deutschland habe gegen seine EU-Verpflichtungen verstoßen. Hintergrund der deutschen Nichteinhaltung ist die Massentierhaltung, besonders in Niedersachsen.
- > Die **Richtlinie zur Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen (2009/28/EG)** sieht bis 2020 einen Anteil von 18 % des Endenergieverbrauchs vor. Die verschleppte Energiewende bei Wärme und Mobilität, ein weiterhin zu hoher

Energieverbrauch und die gesetzliche Deckelung des Ausbaus der Erneuerbaren verhindern, dass Deutschland diese Verpflichtung einhält.

Naturzerstörerische EU-Politik am Beispiel Landwirtschaft

Umweltpolitik ist immer im gesellschaftlichen Kontext zu betrachten. Solange in Europa Profitinteressen dominieren und die soziale Spaltung vorantreiben, ist ökologische Nachhaltigkeit nicht möglich – trotz aller Lippenbekenntnisse. Die EU sieht sich zuvorderst als „Global Player“ mit Weltmarktinteressen. Daher wird Ressourcenschutz der Nutzbarmachung und Ausbeutung von Rohstoffen und Natur untergeordnet, sei es in der Agrar-, Industrie-, Energie- oder Verkehrspolitik, wo das ungebremste Wirtschaftswachstum zu immer mehr umweltschädlichem Gütertransport führt.

Die EU-Agrarpolitik ist Beispiel für fehlende Nachhaltigkeit: Um Fleisch und Milchprodukte billig anbieten und in andere Teile der Welt exportieren zu können, wird auf hoch subventionierte Massentierhaltung gesetzt. Massive Futtermittelimporte vorwiegend aus Südamerika führen dort zu Abholzung von Waldflächen. Die dadurch ermöglichte intensive Tierhaltung bei uns führt zu steigender Nitratvergiftung des Wassers. Schließlich zerstört der Export von Agrarprodukten (z.B. Geflügel und Milchpulver nach Afrika) die Existenz einheimischer Produzenten, da diese mit den subventionierten Preisen der EU-Waren nicht konkurrieren können. All dies soll mit Freihandelsabkommen abgesichert werden, gegenüber Südamerika durch ein Abkommen mit den Mercosur-Staaten, gegenüber Afrika durch EPAs (Economic Partnership Agreements).

Industrielle Agrarproduktion beruht auf massivem Einsatz von mineralischem Dünger und Ackergiften wie Glyphosat – zum Nutzen der Agrarchemie-Konzerne, die dazu gleich das passende Saatgut verkaufen, auf Kosten von Umwelt und Gesundheit der Beschäftigten. Die EU-Kommission plante 2017 die Verlängerung der Lizenz für Glyphosat um 10 Jahre. Aufgrund des Widerstands aus einigen Mitgliedsländern wurde sie mit 2/3-Mehrheit um 5 Jahre verlängert, wobei die Zustimmung von CSU-Agrarminister Schmidt entscheidend war.

Die EU-Agrarpolitik nach innen ist dabei das Spiegelbild ihrer Politik nach außen. Sie setzt auf Quantität statt Qualität, indem der Großteil der Fördergelder nach dem Gießkannenprinzip verteilt wird: 300 Euro jährlich für jeden Hektar Fläche, unabhängig davon, wie und was dort produziert wird. Das fördert agroindustrielle Großbetriebe - zulasten von bäuerlicher Landwirtschaft, gesundem Essen sowie Arten- und Bodenvielfalt.

Was tun?

Einen Königsweg zu einem solidarischen, ökologisch nachhaltigen Europa gibt es nicht, dafür unterschiedliche Ansätze, Akteure und Handlungsebenen:

- > Umwelt kennt keine Grenzen, daher muss Umweltpolitik übernational sein. Ob ein Bruch mit den neoliberalen Dogmen und eine sozial gerechte, ökologisch tragfähige EU möglich sind, werden die künftigen politischen Auseinandersetzungen zeigen. Ein Zerfall der EU würde keines der Probleme lösen, vielmehr Nationalismus, Rassismus und Kriegsgefahr verstärken.
- > Auch wenn die EU in ihrer wirtschaftlichen Grundausrichtung nicht nachhaltig ist, sind institutionelle Politik und Lobbyarbeit von Umweltverbänden, NGOs, Parteien innerhalb der EU wichtig und können begrenzt erfolgreich sein, um bestehende Standards zu erhalten oder punktuell zu verbessern.
- > Die dadurch geschaffene Öffentlichkeit ist Basis für größere Mobilisierungen, denn nur breite Bewegungen von unten werden ein solidarisches und ökologisches Europa durchsetzen können. Europaweite Bewegungen gegen Agrarchemie, gegen Klimazerstörung, gegen Konzernlobbies oder gegen neokoloniale Freihandelsabkommen sind uns Ansporn und wollen wir ausbauen.

- > Demonstrationen wie „Wir haben es satt!“, die Kampagne „Free the Soil“ (freethesoil.org) oder gemeinsame Aktionen französischer und deutscher Verbände fordern eine Politik, die hochwertige Lebensmittel, den Erhalt von Biodiversität und gesunde Böden zum Ziel hat. Ein Umbau der EU-Agrarsubventionen nach ökologischen und sozialen Standards, wie ihn u.a. die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL, www.abl-ev.de/themen/agrarpolitik) verlangt, ist dabei unerlässlich.
- > Initiativen Solidarischer Landwirtschaft oder Energiegenossenschaften verbinden Verbraucher*innen und Produzent*innen – als Beispiele für ein anderes Wirtschaften, bei dem ‚Gutes Leben für Alle‘ statt Profit für Wenige das Ziel ist.
- > Ähnliches wie im Agrarbereich gilt in anderen Politikfeldern: Einsparung und 100 % Erneuerbare Energien muss das Ziel europäischer Energiepolitik sein. Verkehrspolitik muss eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs und von Warentransporten, dafür kollektiv organisierte Mobilität für Alle und Abschaffung von Verbrennungsmotoren zum Ziel haben. Für eine Wachstumswende ist der Rückbau von industrieller Produktion nötig, angefangen bei der Rüstungsproduktion, verbunden mit Arbeitszeitverkürzung und gerechter Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands.

Auf all diesen Feldern formieren sich regionale wie auch europaweite Initiativen, an denen Attac sich beteiligt. Unter dem Motto „Globale Armut und Naturzerstörung solidarisch überwinden“ haben wir 2016 begonnen, die ökologische mit der sozialen Frage zu verbinden. 2019 machen wir das Thema „Sozial-ökologische Transformation“ zum Schwerpunkt unserer Arbeit, beginnend mit einer Kampagne für eine klimagerechte Mobilitätswende.

Nähere Infos:

www.jenseits-des-wachstums.de



V.i.S.d.P. J. Heier, c/o attac, Münchener Str. 48, Ff/M